

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Wolfsbuchhandlung
Postingen-Zürich.
Postbelegungen
franco gegen franco.
Schweizerische Briefe
nach der Schweiz kosten
Postporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postbüreau, sowie beim Verlag
und besten bekannten Agenten
entgegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrsbeitrag von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Anzugsband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Anzugsband)
Inserate
Die deutsche Postzeitung
25 Cts. — 20 Pfg.

N. 3.

Donnerstag, 11. Januar.

1883.

Die des „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen
Verboten ist alle Mängel geben, andere Verbindungen nach jenen Ländern möglich zu ermöglichen, resp. Briefe von dort an uns
aus unsterilisierten und sonstigen Gebieten nach dort abzulassen. Es ist die höchste Pflicht im Fall der Fälle notwendig und
dort seine Durchführbarkeit bekannt werden. Die Briefmarken über ein möglich abzugeben und den Inhalt des Inhalts
der Verbindungen zu thun, und letztere dadurch zu thun. Quantitätsverbot ist hierzu einseitig, nach unserer Ansicht so setzen
ist möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst überlassen, sondern ist möglich an irgend eine un-erhöfliche
Person außerhalb Deutschlands und Oesterreichs zu senden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch ein möglichst unbedingte Zustimmung der betreffenden Behörden mitgeteilt werden. In schwierigen Fällen empfiehlt sich der besagte größere
Möglichkeit Kommandierung. So viel es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Unsere auswärtigen Abonnenten,
Fiskalen, Vertrauensleuten u. legen wir aus Herz, Ab-
rechnungen und Abonnementsverneuerungen, soweit noch
nicht erfolgt, ungesäumt zu bewirken, ebenso wollen alle Abon-
nenten an unsere Vertrauensleute unbedingt während des
ersten Monats im Quartal Zahlung leisten, damit keine Unter-
brechung in der Lieferung eintreten muß.
Unsere Vertrauensadressen sind bekannt.
Alle Lieferungen erfolgen nur auf Gefahr der Besteller.
Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen. Größere
Beträge in Papiergeld oder Post-Einzahlung.
Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie
in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankieren,
wodurch uns erhebliche Verluste durch Strafpforten entstehen, so bemerken
wir hiermit wiederholt:
Einfache Briefe (bis zu 15 Gramm) nach der Schweiz
kosten:
aus Deutschland (und dem übrigen Auslande) . . . 20 Pfg.
aus Oesterreich-Ungarn 10 Kr.
Bei schwereren Briefen kosten immer
je 15 Gramm weitere 20 Pfg., beim . . . 10 Kr.
Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als
wir ungenügend frankierten Sendungen in der Regel
die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Solidarität.

Die kolossalen Ueberschwemmungen, welche im Norden und
Süden Europas so grenzenloses Elend über Tausende und
Abertausende gebracht, haben wenigstens eine gute Seite: sie
lehren mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit den kommunistischen
Grundgedanken der Solidarität aller.
Wir haben hier nicht von den gesammelten Spenden für die
Opfer der Ueberschwemmungen zu reden; soweit sie nicht Bettel-
sperrige oder Reklamegroßen sind, sind dieselben nur Aeußerungen
des selbst in der heutigen Gesellschaft im Menschen schlummernden
Solidaritätsgefühls, ebenso wie die viel höher anzuschlagenden
freiwilligen Hilfeleistungen in den Augenblicken der Gefahr. Was
in dieser Beziehung in den letzten Wochen Großes geleistet
worden ist, und wir wollen durchaus nicht läugnen, daß viele
Alte wirklich hochherziger Aufopferung zu verzeichnen sind, ist
geschehen auf Antrieb des Gefühls; derjenigen Regierung des
Gefühls, die wir Mitleid nennen.
Aber dieses Gefühl hat sich von jeher gezeigt, wo große
verheerende Naturereignisse die Menschen heimsuchten, diese Soli-
darität finden wir bereits in der Tierwelt, bei den entwickelten
sozialen Thierarten. Nicht um diese handelt es sich heute für
uns, sondern um jene große, allumfassende Solidarität, welche
beruht auf der Erkenntnis von der Gemeinsamkeit der mensch-
lichen Interessen.
Die großen Ueberschwemmungen, welche fast von Jahr zu
Jahr an Ausdehnung und zerstörender Gewalt zugenommen
haben, sind nicht als die Folge der Verkennung dieser
Solidarität: sie sind der Fluch für Sünden, welche seit einer
Reihe von Menschenaltern verübt wurden an dem wichtigsten
Regulator des Laufs der Flüsse, den Wäldern, ganz beson-
ders den Hochwäldern und zwar verübt nach dem famosen
Grundsatz des Individualismus: Jeder ist sich selbst der Nächste.
In der vorhinmähig Zeit war der sogenannte Kreis-
lauf der Erdoberfläche noch ein stetiger und langsamer. Die
Gedächtnisarten, soweit sie nicht über die Schneegrenze reichten,
zum weitaus größten Theil bis zum Gipfel hin bewaldet oder,
wo dies nicht der Fall, mit Matten überdeckt. Der Wald- und
Mattenboden war durchwurzelt und der erstere durch Laub- und
Nadelnagen geschützt. Die feuchten Niederschläge, welche auf
diese Matten und bewaldeten Flächen fielen, sowie die Abflüsse
der Gletscher, welche sich über die Matten verbreiteten, wurden
durch die Moose, Flechten, Gräser u. auf ihnen zurückgehalten,
zogen meist in den Boden ein, verdunsteten zum Theil, und
nur geringe Mengen derselben flossen in den Rinnen ab. Aber
auch in diesen konnte das Wasser nicht ungehindert abfließen.
Sie hatten, da sie noch nicht tief eingeschnitten waren, meist ein
nur mäßiges Gefälle, außerdem aber stauten in kurzen Zwischen-
räumen quer durchgehende Felsrücken das Wasser hoch und weih-
hin auf und bildeten Moore, Sümpfe und Seen. In wasser-
reichen Zeiten floß das Wasser langsam ab, aufgehalten vom
Walde, den Matten, den Sümpfen und Seen. Dafür aber
dauernde dieser Abfluß auch während der trockenen Zeiten fort,
während deren diese Wälder, Matten, Sümpfe und Seen die

Dienste von Reservoirs verrichteten. So waren verderbliche
Dürren und verheerende Ueberschwemmungen gleich ershwert.
In der Neuzeit nun ist unter der Herrschaft des Privat-
eigentums, des Individualismus, Alles geschehen, um diesen
Zustand in sein Gegenteil umzuwandeln.
Es ist nachgerade ein Gemeinplatz geworden, über die schänd-
liche Waldvernichtung zu eifern, welche sowohl auf den Bergen
als auch in den Thälern und Niederungen angerichtet worden ist
— von den Einen aus Habgier, von den Anderen aus Armut.
Aber noch heute gibt es eine forstwirtschaftliche Schule, die
Prekursorische, welche mit Eifer den Grundplatz vertritt, daß der
Wald nur den einen Zweck habe, seinem Besitzer einen möglichst
hohen Ertrag abzuwerfen. „Wehe dem Staate“, rief noch vor
wenigen Jahren ein Fanatiker dieser Lehre, der den bezeichneten
Namen Geyer führt, aus: „Wehe dem Staate, der in sonder-
barer Verblendung dem Walde polizeilich zu Hilfe kommen will!“
Diese schönen Grundsätze finden bei den deutschen Wald-
besitzern natürlich begeisterte Aufnahme. Sobald es sich um ihre
Interessen handelt, schwärmen selbst die bornirtesten pommerischen
Junker für die wirtschaftliche Freiheit, genannt Manchesterthum.
Und Bismarck, der glückliche Besitzer des Sachsenwaldes, läßt gar
in diesem Augenblick die Lärmitzettel für eine Erhöhung
der Holzpreise führen, die natürlich in der Praxis nichts
anderes sein würde, als eine Prämie auf die Abholzung
der Wälder.
Ebenso berechtigt wie die Klage über die unsinnigen Waldver-
wüstungen ist auch der Nothschrei über das bisher befolgte nat-
urwidrige System der Flutzregulirungen, das gleichfalls dahin geführt
hat, daß in trockenen Zeiten das Sinken des Wasserspiegels, bei
nasser Witterung dagegen das Steigen desselben mit immer
stärkerer Geschwindigkeit sich vollzieht. Das durch Beseitigung
aller natürlichen Hindernisse verstärkte Gefälle führt zu einer
steigen Erhöhung der Flutzhöhe — bekanntlich liegt der Po-
tential höher als die ihn umgebende Niederungen — so daß auch
die Dämme beständig erhöht werden müssen, sowie zur Verlandung
und Verumpfung der Flußmündungen.
Wo die Wirkungen so frappant zu Tage treten wie bei dieser
Frage, und wo unter ihnen nicht nur die kleinen, sondern auch
die großen Leute positiven Verlusten, die sich nicht abwätzen
lassen, ausgeht sind, da ist selbst die heutige Bourgeoisge-
sellschaft eifrig bemüht, die Ursachen der Uebel zu erforschen
und soviel als möglich zu beseitigen. Da geschieht man offen ein,
daß die Sünden einer Minderheit sich an Tausenden und Aber-
tausenden Unschuldiger rächen, und daß daher es im Interesse
der Gesellschaft liegt, gesetzliche Einrichtungen zu treffen, welche es
den Einzelnen unmöglich machen, auf Kosten der großen Mehrheit
zu sündigen. Wo die Interessen der besitzenden Klassen mit be-
droht sind, da wirkt man alle schönen Theorien von der „wirth-
schaftlichen Selbstverantwortlichkeit“ über Bord; und so sehen wir
dein kurze Zeit nach Verwerfung der internationalen Fabrikgesetz-
gebung nicht nur konservative, sondern auch liberale Blätter, so
z. B. das Moskische „Berliner Tageblatt“, lebhaft einstimmen
in den Ruf nach einem internationalen Waldschutz-
gesetz. Man denke, nicht nur der Staat, sondern eine ganze
internationale Staatenverbundung soll das Recht haben, einzu-
greifen in die Eigentumsrechte des privaten Wald- und Grund-
besitzes.
Das ist ja der helle internationale Kommunismus!
Wo der Bourgeois selbst, wie hier, das Feuer auf den
Nägeln brennt oder vielmehr, um ein passenderes Bild zu ge-
brauchen, das Wasser bis an den Hals steht, da wirkt sie, wie
man sieht, alle ihre „heiligen“ Theorien zum Teufel. Noth
lehrt nicht nur beten, sondern auch, um mit Marx zu reden,
Dialektik, d. h. unterscheiden.
Aber die Solidarität, wie wir sie oben skizzirten, besteht nicht
nur auf dem Gebiet der Wald- und Wasserwirtschaft, wir
finden sie heute auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens.
Wohin wir auch blicken in das Getriebe der wirtschaftlichen
Welt, überall stoßen wir auf die Thatsache, welche Lassalle in
die Worte zusammenfaßt, daß „auf ökonomischem Gebiete heut-
zutage Jeder verantwortlich ist für das, was er nicht gethan
hat.“
Was kann der kleine Handwerker, der zu Grunde geht, dafür,
daß irgendwo eine Maschine erfunden worden ist, welche seine
Produkte um die Hälfte, ja um noch mehr, billiger herstellt, als
er bei dem größten Fleiß vermag! Ist der Kleinhandwerker, der
Konkurs macht, dafür verantwortlich, daß neben ihm ein großer
Vazar etabliert wurde, der dieselben Waaren wie er in größerer
Auswahl und zu billigeren Preisen führt? Ist es Schuld des
Bauern, dessen Gut subhastirt wird, daß der Großgrundbesitzer
seinen Acker größeren Ertrag abzurufen, seine Produkte güt-
tiger zu veräußern vermag als er? War es der Proletarier,
der arbeitslos auf der Landstraße umherirrt, der die Produktion
in wahnwitziger Weise emporschraubte, bis der Krach kam und
mit ihm die allgemeine Geschäftsstockung?
Wir könnten den Beweis für die wirtschaftliche Solidarität
in's Unendliche fortführen, indeß genügen die angeführten Bei-

spiele, die ein Jeder aus seinen eigenen Erfahrungen selbst er-
gänzen mag.
Handwerker, Kleinhandwerker und Bauer gehen zu Grunde an
Verhältnissen, die sie nicht geschaffen haben, der Arbeiter muß
büßen für Sünden, die Andere begingen. Bisher haben die
wissenschaftlichen Vertreter der herrschenden Klassen diese Thatsache
geleugnet, heute wankt ihre Theorie an allen Ecken und
Enden; die Thatsachen reden eine zu deutliche Sprache.
Die Finnen des Rheins, des Mains, des Neckars u. haben
nicht nur die schützenden Dämme durchbrochen, sie haben auch
in die Mauern eines allgemeinen Vorurtheils eine gewaltige
Bresche gelegt.
„Die menschliche Gemeinlichkeit“, sagt Lassalle im Vasiat-
Schulze, „läßt sich verkennen, aber sie läßt sich nicht auf-
heben. Wenn also gesellschaftliche Einrichtungen existiren,
welche diese Solidarität nicht anerkennen und regeln, so besteht
sie deshalb nichtsdestoweniger fort, aber sie kommt nun als
eine ihre Verkennung rächende Naturmacht zum Vorschein.“
Naturmacht war es anscheinend, welche weit und breit
die schrecklichen Verwüstungen durch Wasserloth anrichtete, wie
die bürgerliche Nationalökonomie von wirtschaftlichen
Naturgesetzen spricht, die heute Ueberfluß, morgen Mangel,
hier Reichthum dort Elend erzeugen. Aber so wenig es nützt,
sich gegen die Ueberschwemmungen durch bloße Dämme zu
schützen, so sehr man heute anerkennt, daß es nöthig ist, die
Naturkraft zu lenken und sei es selbst durch Verletzung der
Interessen Einzelner, ebenso sicher ist es, daß die Menschheit sich
nicht ewig unter die Macht der wirtschaftlichen „Naturgesetze“
beugen, sondern daß sie sich zur Herrin über dieselben auf-
schwingen, sie im Interesse Aller nach den Grundfäden der
Solidarität lenken wird. Das arbeitende Volk ist es müde,
den Ball abzugeben, den das „Schicksal“ nach seiner Laune herum-
wirft, es hat keine Lust, für die Sünden Anderer haftbar zu
sein, es will die Solidarität anerkennen, auf ihrer Basis die
Gesellschaft errichtet wissen. Es will gleiche Rechte und gleiche
Pflichten, gleiche Lasten und gleiche Genüsse.
Die Gesellschaft auf der Basis der anerkannten Solidarität,
das ist der Kommunismus.
Ohne Anerkennung der allgemeinen Solidarität keine Hilfe
gegen die Schäden der heutigen Gesellschaft.
Darum muß der Kommunismus sein, und darum wird
er sein.
Puttkamer und die „Heiligkeit“ der Familie.
Der Eiser, mit dem Minister v. Puttkamer in der jüngsten Sozialisten-
debatte sich als Verteidiger der „Heiligkeit der Ehe und der Familie“
aufspielte und Diejenigen, welche von diesen Institutionen eine andere An-
sicht als er haben, als „nicht mehr menschlich, als bestialisch“ hinstellte,
hat uns bewogen, uns gelegentlich etwas um die Ehe- und Familienver-
hältnisse der „von Puttkamer“ zu erkundigen, um uns zu überzeugen, inwie-
weit denn die „christlich-katholischen“ Theorien des Ministers von ihm
und seiner Sippe in der Praxis geübt werden. Da erfahren wir denn recht
erbauliche Dinge. Die Heldenthaten des Resten des Herrn v. Puttkamer,
des samsonen Herbert Bismarck, dessen Gefühle für das ewig
Weibliche unerschütterlich und vorurtheilslos genug sind, um einerseits wirksam
für die Stammesveredlung alter Fürstendhäuser thätig zu sein und dann
wieder die niedriggeborenen Staatsdiener zu sich zu „erheben“, — sie
sind bekannt und jetzt ja sogar reichthagsfähig geworden. Die erban-
liche Historie vom Geste Puttkamer, der seine Studien in der
weiblichen Plastik mit Genehmigung und Beihilfe seines Vaters — des
jetzigen Ministers und Ehe-Heiligkeit-Verteidigers — schon im Zögellinthe
des Gymnasiums begann, und die rührende Freude des Minister-Vaters
über den „Weschnock“ seines Jüngers haben wir den Lesern in unserer
letzten Nummer mitgetheilt.
Heute erhalten wir einige neue Beiträge zur heiligen Puttkamer'schen
Familiengeschichte.
Die Sippe „Derer von“ Puttkamer erfreut sich einer laniunenartigen
Fruchtbarkeit. Wie viele Zweige der edle Stamm eigentlich zählt und wie
viele Früchte jeder Zweig zum Glücke der Menschheit liefert, wissen wir
leider nicht. Aber das ist gewiß, daß die Familie zahlreich genug ist, um
in sich denselben Prozeß vorgehen zu lassen, der im Volke und in der
Menschheit im Großen vorgeht, den der Scheidung in eine reiche Min-
derheit und in eine arme Mehrheit.
Wie weit nun die armen Puttkamer „zum Volke herabgestiegen“
sind, dafür haben wir in unserer unmittelbaren Nähe ein interessantes
Beispiel.
In Zürich lebt seit mehreren Jahren ein Gemüth- und Frachten-
händler v. Puttkamer, ein leiblicher Vetter Sr. Erzlehen des Herrn Mi-
nisters und Sr. Durchlaucht des Reichskanzlers. Der Mann trägt seine
Waare persönlich zu seinen Kunden oder fährt sie auf einem Handwagen
persönlich dahin und verdient so für sich und seine Familie reichlich sein
Brod — was nicht alle seine Vettern von sich sagen können. Lange ging
es dem Manne elend, und er lernte den Hunger kennen; und auch jetzt
hat er keinen Ueberfluß. Warum, wird man nun fragen, hilft oder half
ihm denn seine reiche Familie nicht? Der reiche Reichskanzler mit seinen
aus dem Massenmorden, Schnaptdrennen, Börsenspielen, Waldbrandwirth-
schaften und ähnlichen edlen Erwerbungen erzielten Spar-Millionen? Oder
der Minister, der feine reiche Artillerie-Generallieutenant und andere? Die
„Heiligkeit“ der Familie kann doch offenbar nicht darin bestehen, daß

man bloß die reichen Familienglieder liebt und sich ihrer annimmt, die armen haben's jedenfalls weit nötiger.

Und was würde man denn von einer Familie aus dem Volke sagen, deren auch nur einigermaßen auskömmlich lebende Mitglieder ihre ärmsten Verwandten Hunger leiden lassen?

Nun, die vornehmen Puttkamer waren edelfüßig genug, ihrem armen Verwandten helfen zu wollen. Nur thoren sie es in etwas eigentümlicher Art. Der Bäcker Semmlinghändler v. Puttkamer hatte den Frenzel begangen, ein armes Mädchen zu heiraten, das die Mutter seines Kindes war. Man denke nur, welche plebejische Handlungsweise! Ein Mädchen ohne Knechtstube und Geldbeutel schwanger machen, das paßte noch; aber sie heiratete — psui, das schied sich nicht für einen Junker! Trotzdem aber ward dem Frenzel Verzeihung und Hilfe verheißen, unter der Bedingung, daß er seine Frau von sich entferne, beziehungsweise — um uns der noblen Ausdrucksweise des betreffenden edlen Puttkamer's zu bedienen — „das Weib zum Teufel jage“! ... Wenn dies geschehen, dann sollte der wiedergeborene Sohn Absolution erlangen, in das Land seiner Väter und Vetter zurückkehren und in Berlin eine Stelle bei — der Polizei erhalten.

Ist es nicht wirklich erbebend, wie gottgefällig diese Puttkamer die Heiligkeit der Ehe profitieren? Ihr Vetter soll die „unrennbare“ Ehe für Geldgewinn lösen, sein Weib wie eine Dirne wegzagen und seinen Kindern die Mutter rauben, oder sich mit dem „Mensch“ vielleicht auch gleich der „Jungen“ mischieren. Und dann soll er ein Amt bei der Polizei anstreben, um dort neben verschiedenen andern „Heiligtümern“ auch das Heiligtum der Ehe kräftig zu schützen! ...

Uebrigens finden wir den Gedanken, die Polizei auch in ihren unteren Abteilungen mit Puttkamer's zu besetzen, gar nicht abel. Wie wäre es, wenn man die Polizei überhaupt zur Puttkamer'schen Familiendomäne erklärte, bezw. diese edle Familie geleglich zur Polizeikasse machte? Die nötige Geschmacksrichtung, Anlage und Gesinnungstüchtigkeit für diese Beschäftigung ist in ihr offenbar hinreichend vorhanden — dafür ist uns unser edler Vetter und reichbedachter Heiligtumsvertheibiger an der Spitze des Ministeriums des Innern Bürge. Und ihre Zahl wird reichen, um ein paar Kompagnien Schutzmänner zu formiren, nebst Stab und sonst dazu gehört.

Uebrigens beschränkt sich die Vorliebe der Puttkamer für die Polizei keineswegs bloß auf männliche Mitglieder der Familie. Auch das zarte Geschlecht nimmt daran Antheil; nur liegt dessen Stärke manchmal mehr auf dem Gebiet der — Sittenpolizei. Wir erfahren nämlich die interessante Thatsache, daß zwei Fräulein von Puttkamer in der traditionellen Verehrung ihres Stammes für die Heiligkeit der Ehe und Familie so Hervorragendes leisten, daß ihre Namen an hervorragender Stelle in den Registern der Sittenkontrolle der Stadt Berlin figuren. ...

Welches Glück, daß sich noch so edle Männer und Familien wie Herr Minister von Puttkamer und seine hochgeborene Sippe finden, um das von diesem „bestialischen“ Sozialdemokraten bedrohte Heiligtum der Ehe und Familie so glänzend zu retten!

Der „Rechtsstandpunkt“.

Die Redaktion des Parteiorgans macht in Nr. 52 gelegentlich einer, im Uebrigen sehr freundlichen Besprechung meiner jüngsten Rede über den Belagerungsstand die Bemerkung:

„Hier (nämlich bei der Kritik der schreienden Handhabung des Sozialistengesetzes) war nach unserer Ansicht trotz aller gemachten Erfahrungen ein lebhafter Appell an das Rechtsgefühl geboten. Denn so wenig wir auch in diesem Punkte von unseren Gegnern erwarten, so müssen wir doch immer wieder den Rechtsstandpunkt hervorheben, gerade weil er die schwache Seite unserer Gegner ist.“

Den letzteren Satz bestreite ich nun in dieser Allgemeinheit, und damit auch die auf ihn gegründete Schlussfolgerung.

Ich kann mich an dieser Stelle nicht auf weitläufige philosophische und historische Erörterungen über den Begriff „Recht“ einlassen. Es genügt, wenn ich darauf hinweise, daß man sich unter „Recht“ zweierlei, von einander sehr verschiedene Dinge versteht: nämlich einmal das sogenannte natürliche, ursprüngliche, ungeschriebene Recht, und dann das sogenannte positive, gewordene, geschriebene Recht.

Auf den Standpunkt welches dieser beiden Rechte hätte ich mich stellen sollen?

Der Satz, daß mich die „schreiende Handhabung des Sozialistengesetzes“ zu einem solchen Appell an das Recht hätte bewegen sollen, läßt mich fast schütten, daß unter dem betont gewünschten Rechtsstandpunkt der Standpunkt des positiven Rechtes gemeint ist. Das würde im engeren Sinn nichts Anderes heißen als: wir sollten einen Theil der werthvollen Zeit der alljährlich nur einmal wiederkehrenden Belagerungsstandsdebatte dazu verwenden, um der Regierung darüber Vorwürfe zu machen, daß sie das Sozialistengesetz nicht „loyaler“ ausführt. Derartige Vorwürfe und Klagen wurden in der That in früheren Jahren verschiedentlich erhoben. Diesmal aber waren die Vertreter unserer Partei einstimmig der Meinung, daß ein solches Vorgehen dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht mehr entspreche.

„Loyale Ausföhrung des Sozialistengesetzes“!

Ich kann mir keine größere Zeitverschwendung und überdies nichts denken, was zu einer bedenklichen Begriffsverwirrung geeigneter wäre, als haarspaltende Untersuchungen darüber, ob diese oder jene Maßregel dem „Geist“ des Sozialistengesetzes entspreche oder noch über ihn hinausgehe. Deshalb war mir auch der Theil meiner Rede, in welchem ich die „Gesetzlichkeit“ der Verhängung des Belagerungsstandes über Berlin, Hamburg u. s. m. zu untersuchen hatte, nichts weniger als sympathisch, und ich behandelte denselben nur gezwungen, da unser bekannter Antrag doch formell begründet werden mußte. Auch hielt ich nicht hinter dem Berge, wie gering ich von dieser Paragraphendeklererei denke. Ich sehe im Gegentheil gar nicht an, zuzugeben, daß die Regierung, sobald man sich einmal auf den „Rechtsstandpunkt“ der Giltigkeit des Sozialistengesetzes stellt, sich bei der Gesamtheit ihrer gegen uns gerichteten Verfolgungen in allen wesentlichen Dingen „auf dem Boden des Gesetzes“ befindet und diesen Boden selbst dann nicht so schnell verlassen würde, wenn sie ihre Verfolgung noch weiter steigerte.

Ich denke, dies notwendige Verständnis zeigt, wie ungünstig es für uns ist, wenn wir uns auf das positive Recht berufen. Freilich ist das Sozialistengesetz eine der schlimmsten Verletzungen des positiven Rechtes; aber die übrigen Gesetze sind nicht minder im Interesse der Herrschenden und gegen das Volk, gegen uns gemacht. Das positive Recht ist eben das Recht der Herren, das kunstvolle Werkzeug zur Erhaltung und Ausdehnung ihrer Herrschaft. Positives Recht ist positive Gewalt; ja es hat noch die über die einfache brutale Gewalt hinausgehende Wirkung, daß es unsere ihm entgegenstehenden Ansichten und Lehren auch noch verächtlich-moralisch in's Lächerliche, so daß wir als die Feinde und Verächter des Rechtes erscheinen, unsere Gegner aber als dessen Schutz und Hort.

Weit entfernt also, die schwache Seite unserer Gegner zu sein, ist das positive Recht vielmehr ihre starke Seite.

Bliebe das natürliche Recht. Gewiß stützen wir uns auf dasselbe, wenn wir beweisen, daß alle Menschen von Natur gleich sind und daß darum jeder Mensch das gleiche Anrecht auf die Güter des Lebens, und keiner einen Anspruch auf ein Vorrecht vor seinem Mitmenschen habe. Aber nicht alle Menschen finden die gleichen Grundsätze im Naturrecht, sondern die Auslegung des letzteren ist je nach vorgebildeten Meinungen und Grundgesetzen, nach dem verschiedenen Kultur-, Standes-, Religions- u. s. w. Partisanenpunkte sehr verschieden. Daher kommt es, daß, während

wir unsere Sätze von der Freiheit und Gleichheit aller Menschen auf das Naturrecht gründen, andere aus demselben Naturrecht bedeutend abweichende, vielfach gerade entgegengesetzte Theorien ableiten. Ja, zweifellos ist die Zahl der Letzteren heute noch wesentlich größer als die der Sozialisten.

So befindet sich also auch das Naturrecht zu einem bedeutenden Theil unter den Fahnen unserer Gegner.

Ich glaube, diese Thatsachen sind nicht sehr einladend für uns, „immer wieder den Rechtsstandpunkt zu betonen“ und „an das Rechtsgefühl unserer Gegner zu appelliren“. Das Recht in unserem Sinne muß zweifellos das Fundament unserer Wirksamkeit sein in den Volkstreffen, welche disponirt sind, unsere Lehre der wahren Menschenrechte anzunehmen zu können, und durch kein entgegenstehendes Interesse abgehalten werden, sie anzunehmen zu wollen. Unseren Feinden gegenüber aber haben wir Anderes zu thun, als ewig eine Rechtslehre zu wiederholen, die bei ihnen erfahrungsgemäß kein Verständnis findet. Nicht nur wird solch fortwährendes Wiederholen auf die Dauer eintönig, sondern es gewinnt auch den Anschein, wie wenn wir unseren Gegnern jedesmal erst wieder unser Recht aufs Dasein beweisen wollten.

Und das brauchen wir nicht. Ob Regierung oder herrschende Klassen den moralischen Rechtsgrund unseres Bestehens und Wirkens anerkennen, ist nur solange von materiellem Interesse, als die Möglichkeit friedlichen Verhaltens nicht ganz ausgeschlossen ist. Sobald aber der Krieg erklärt wird, tritt die Rechtsfrage zurück, und es gibt bloß mehr eine Machtfrage. Kriegsführende erweisen ihr Recht lediglich durch den Kampf.

Die Stellung der Sozialdemokratie und der herrschenden Klassen zu einander ist heute nicht mehr die von zwei Rechtskämpfern; die letzteren haben der ersteren die Debatte verweigert und den Gerichtshof verschlossen — sie appelliren an die Gewalt. Unter diesen Umständen gibt es unsere Feinde gegenüber nur einen „Rechtsstandpunkt“ — den des Kampfesrechtes.

Ich halte es für wichtig, daß diese Sachlage nicht verwischt werde, sondern daß sich die Erkenntniß derselben in die weitesten Kreise verbreite. Je klarer die Situation, desto weniger falsche Annahmen und Hoffnungen — desto besser für uns.

Zürich, den 1. Januar 1883. Bollmar.

Es liegt nicht in unserer Absicht, an diesen Artikel unseres Genossen eine längere Polemik anzuknüpfen, und beschränken wir uns daher auf folgende kurze Erwiderung:

Man hat durchaus nicht nötig, sich selbst auf den Boden eines bestimmten Gesetzes oder des positiven Rechtes überhaupt zu stellen, wenn man der Regierung oder einer Majorität nachweist, daß sie ihre eigenen Gesetze in schamloser Weise mißbraucht. Mit dem bloßen Nichtanerkennen von Gesetzen kommen wir kein Schritt vorwärts, solange wir nicht zum offenen direkten Widerstand übergehen, was bis jetzt noch nicht in Deutschland geschehen ist. Unsere Genossen verletzen das Gesetz, weil ihnen keine andere Möglichkeit gelassen ist, sich zu betheiligen, werden sie bei der Verletzung abgefaßt, so blühen sie entweder die ihnen angebrachten Strafen ab oder sie gehen außer Landes. Eine von uns gegebene Anregung, in bestimmten Fällen ein anderes Verhalten einzuschlagen, fand zwar hier und da Zustimmung, wurde aber hiesig nicht befolgt. Es ist somit durchaus nicht gleichgültig, wie das Gesetz gehandhabt wird.

Wenn allerdings Genosse Bollmar der Ansicht ist, daß die Regierung bei der Gesamtheit ihrer gegen uns gerichteten Verfolgungen (Versammlungsauflösungen und Ausweisungen u. s. w.) „sich in allen wesentlichen Dingen auf dem Boden des Gesetzes befindet“, so handelt er durchaus konsequent, wenn er unsere obige Bemerkung zurückweist. Wir sind aber nicht in der Lage, der Regierung dies Zeugniß ausstellen zu können, sondern behaupten, und sind bereit, es zu beweisen, daß sie das Gesetz in willkürlicher Weise ansetzt und nach ihren Bedürfnissen verdreht. Wenn wir darauf verzichten, ihr das in's Gesicht zu schenken und über den Reichstag hinaus — denn darum handelt es sich — an das allgemeine Rechtsgefühl zu appelliren, dann wissen wir nicht, welchen Zweck es überhaupt noch haben kann, an der Debatte über den Belagerungsstand uns zu betheiligen.

Der lächle Verstand ist gewiß eine sehr schöne Sache, man erlaube uns aber auch, für das warme Gefühl, für die Leidenschaft, ohne die nun einmal kein Kampf geführt wird, eine Pause einzulegen.

Sozialpolitische Mundschau.

Zürich, 10. Januar.

Wir haben nicht genug Soldaten. Dem Reichstag werden Mehrforderungen zum Militäretat vorgelegt werden, und Herr von der Goltz, der samulus des alten Moltke, hat in einer vor Kurzem in der „Deutschen Rundschau“ veröffentlichten Rezension eines Werkes über Strategie den sehr richtigen Gedanken ausgesprochen, daß für „die Kriege der Zukunft“ die gegenwärtigen Armeen viel zu klein seien. Wenn er aber meint, die „Kriege der Zukunft“ würden „den Charakter von Völkermordungen annehmen“, so hat er entschieden nicht Recht.

Völkermord, d. h. riefige Kämpfe, zu denen die Völker sich erheben, wird die Zukunft der Kulturstaaten uns allerdings bringen, diese Kämpfe werden jedoch defensiver Natur sein: gegen auswärtige Feinde, denen — ähnlich wie 1870 in Frankreich — die ruhenden Heere erlegen sind; oder gegen die inneren Feinde, die Unterdrücker und Ausbeuter des Volkes. Krimmermehr aber werden die Völker Angriffs- und Eroberungskriege führen. Die „Völkermordungen“ in dem Goltz'schen Sinne sind nur möglich in Zeiten der Barbarei, wo die Völker nichts zu verlieren und durch Raub sogar noch zu gewinnen haben. Für ein Kulturvolk ist der Krieg unter allen Umständen ein furchtbares Uebel und bringt, selbst im Falle des Sieges, weit mehr Nachteile als Vortheile.

Herr von der Goltz als Bonfmilitär hält den Krieg natürlich für eine göttliche und ewige Institution, die höchste Bildungstufe der Völker, und er kann sich keinen Zustand denken, in welchem die Kriege von den Volksmassen nur noch für Rassenmordereien, und die Urheber derselben für todenswürdige Verbrecher gehalten werden.

Den Vertretern des heutigen saulen Staats- und Gesellschaftsregimes sind die heutigen Armeen freilich nicht mehr genügend, sie sind aber zum Glück an der Grenze des Möglichen angelangt. Eine wesentliche Steigerung des Militarismus ist nicht mehr möglich — sie würde entweder direkt zur allgemeinen Volksebeverfassung führen, welche der absolute Gegensatz des Militarismus ist — oder die schon überlasteten Völker so unerträglich belasten, daß diese zu ihrer Selbsterhaltung die Bürde abschütteln und ihren Drängern und Ausbeutern das Handvort auf immer legen müssen.

Der Militarismus, gleich dem Kapitalismus, muß an seiner eigenen Ueberdehnung, an seinen eigenen Konsequenzen zu Grunde gehen. — Die gewaltigen Panzerschiffe, diese „Ungethüme des Meeres“, haben sich in ihrer Gewaltigkeit bereits als unbrauchbar erwiesen, sie verinken mitten im Frieden und werden vor Ausbruch eines großen Seekrieges wohl schon vom Meere verschlungen sein. Und dasselbe gilt von den ruhenden Heeren, diesen Ungethümen des Landes, die schon im Frieden die Völker erschöpfen, daß deren Lebensinteresse ihre Abschaffung erheischt, und die oben drein im Krieg gegen bewaffnete Völker ganz unzureichend sind. Die Armeen der Zukunft werden Volkshereen, Soldaten in Waffen sein, und die „Kriege der Zukunft“ nicht, wie Herr von der Goltz glaubt, Kriege von Skavendollern, die auf Kommando roher Despoten Antheilhaft und Bewaffnung in die Welt tragen, sondern Freiheitskriege,

in denen die Völker sich ihrer einheimischen und auswärtigen Unterdrücker erwehren.

Sind die Unterdrücker vertilgt, ist die Sklaverei in jeder Gestalt abgeschafft, dann wird Friede herrschen auf Erden. Bisher nicht.

Die Ausführungen des Herrn von der Goltz zeigen indeß jedenfalls, daß es den Herren, die jetzt noch am Ruder sind, bange zu werden beginnt und daß sie sich von der Unzulänglichkeit ihrer heutigen Machtmittel zu überzeugen beginnen.

Wie ein preussischer Staatsminister Jitate fälsch. In seiner Reichstagsrede vom 13. Dezember, welche die Schändlichkeit unserer Partei darthun sollte, sagte Herr von Puttkamer unter Anderem:

„Über auch über die fundamentalen Institutionen des täglichen Lebens, z. B. über den Eid — ich spreche gar nicht über den religiösen Eid, das ist für die Herren ein längst überwandener Standpunkt, aber von dem Eid an sich — fördert die Presse des Herrn Abgeordneten von Bollmar ganz eigenartige Differenzen zu Tage.“

Ueberschrift: Meineid, eine Folge des Sozialistengesetzes. — Unsere Genossen —

es werden einige von den Herren genannt — wurden vom Schwurgericht in Landshut des Meineides für schuldig erklärt und unter Ausschluß mildernder Umstände zu 18 $\frac{1}{2}$, resp. 19 Monaten Zuchthaus verurtheilt. Für Arbeiter ist keine Strafe zu hart, da arbeiten bürgerliche Geschworne und Berufsrichter Hand in Hand, um den politischen Gegnern auf möglichst lange Zeit das Braubrad der Ehrlosigkeit aufzubereiten. Nur vor dem Gesetz, vor dem Spießbürger werden die

nämlich wegen Meineides — Verurtheilten jetzt ehelos sein; vor uns, vor der Partei des arbeitenden Volkes, sind sie es ebensowenig wie ein anderer Genosse, der noch immer wegen eines gleichen „Meineides“ im Zuchthause schmachtet.

Nun muß ich sagen, wenn eine der Säulen der Rechtspflege so beurtheilt wird, werden die Konsequenzen für die übrigen Anschauungen der Herren in Bezug auf alles Das, was mit Gesetzgebung, Richterssetzung und Gerichtsverfahren zusammenhängt, wohl ziemlich klar zu Tage treten.“

So Herr Puttkamer.

Nach diesem Zitat könnte es allerdings scheinen, als ob wir jeden Meineid ohne Weiteres für gerechtfertigt erklärt hätten, was uns in Wahrheit gar nicht eingefallen ist. Herr Puttkamer hat vielmehr aus unserer, der Nr. 3 des „Sozialdemokrat“ vom vorigen Jahre entnommenen Notiz absichtlich diejenigen Stellen sorgfältig gelassen, welche darthun, warum wir die betreffenden Genossen nicht als ehelos betrachten können, aus denen hervorgeht, daß wir den Eid keineswegs so leicht nehmen wie z. B. verschiedene Vorjahren von Puttkamer's „allergnädigstem Herrn“. Die von Puttkamer ausgelassenen Stellen lauten nämlich:

Nach „verurtheilt“: weil sie den wegen öffentlicher Verlesung des Flugblattes: „Keine Schmaroche mehr“ angeklagten Genossen Jatz dadurch hatten vor der Verurtheilung schlagen wollen, daß sie leugneten, ihn zu kennen. Wenn ein gewissenloser Fabrikant Leben und Gesundheit seiner Arbeiter jahrlänglich auf's Spiel setzt, um nur recht viel Geld zu verdienen, so kommt er in der Regel mit einer Geldstrafe weg, im schlimmsten Falle legt es einige Monate Gefängnis ab, der Lebensmittelfabrikant, der Rezipienten, der gemeine Wauer erhalten, wenn es nur irgend geht, mildernde Umstände bewilligt“, nach „für Arbeiter“:

„aber, die, um einen ihrer Gesinnungsgenossen vor den Folgen eines insamen Ausnahmengesetzes zu schützen, einen politischen Meineid schwören, wie er ihnen vor den hohen und höchsten Personen im Reiche schon unzählige Male vorgemacht worden ist (man denke nur an die Rastatter Woche unter Leitung des Kaiserlichen Prinzen), wie er ihnen in der Schule schon als eine unsterbliche patriotische That gepriesen worden ist (Central-Hor!)“ nach „Meineid im Zuchthause schmachtet“:

„Wenn die Landräuter Geschworenen lediglich ihren blindwüthenden Parteihass hätten sättigen wollen, so müßte ihnen schon die außerordentliche Ungeschicklichkeit, mit der ihre armen Opfer vorgegangen waren, sagen, daß sie es mit unüberlegten Männern zu thun hatten, die sich kaum recht hingewarfen, was sie durch ihr Ableugnen auf's Spiel setzten, aber was fragt der Bourgeois dem Proletariat gegenüber nach Reuten! Thut nichts, der Jude wird verbrannt!“ das ist die politische Maxime dieser Ordnungsfreunde. Wir werden sie uns merken!“

Wie man sieht, wandten wir uns nicht einmal gegen die Bekrafung von Dietz u. überhaupt, sondern nur gegen die unerhörte Härte der Strafe und die Ehlosverkündung. Zudem zeigt auch unsere Ueberschrift: „Meineid — eine Folge des Sozialistengesetzes“ jedem, der lesen kann, wie wir vom Meineide unter normalen Umständen denken.

Herr von Puttkamer läßt uns also, indem er nicht nur ganze Sätze aus unserer Notiz fortläßt, sondern einen Satz sogar verstimmt, direkt das Gegentheil von dem sagen, was wir wirklich gesagt haben.

Im gewöhnlichen Leben nennt man das insame Fälschung, Herr v. Puttkamer aber ist ein ehrenwerther Mann und hat für seine ausgezeichnete Rede gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie den rothen Adlerorden erster Klasse erhalten!

Preussische Spiegelmirtschaft. Einige Episoden aus dem Berliner „Anfrage“-Prozeß, welche unbedingt der Bergessenheit entrisen zu werden verdienen, entnehmen wir aus einem uns neuerdings zugegangenen Briefe aus Berlin:

Der Arbeiter Wolf, Tischler, welcher als Entlastungszeuge vorgeladen war, erzählte, er habe mit mehreren Bekannten im Wartesaal 3. Klasse gestanden, als er von Jemand darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ein „Fauler“ sich in ihre Nähe gedrängt habe. Nach kurzer Zeit steigt der ihm als „faul“ bezeichnete Mann auf einen Stuhl und bringt das erste Hoch! aus. Wolf nimmt ihn beim Krügen und übergibt ihn zwei Schynleuten. Diese wollen sich mit demselben entfernen, wenige Schritte vor dem Ausgange aber zieht der Hochrufer etwas aus der Tasche und zeigt es den Schynleuten, worauf diese ihn zu einer anderen Thüre hinausgeleiten, als zu der, welche die übrigen Arrestanten passirten. Später wurde auch Wolf verhaftet, und zwar von eben diesem „Faulen“!

Der Präsident forderte Wolf zunächst auf, nicht fortgesetzt den Ausdruck: „Fauler“ zu gebrauchen; dann fragte er ihn erkennen: „Sie sind selbst mit arretrirt gewesen und nicht mit angeklagt?“ Wolf antwortete, daß man ihn Mangels jeglicher Anklagepunkte habe freilassen müssen. Als Zeugen für die Wahrheit seiner Aussagen bezeichnete er zwei der Angeklagten, außerdem wären noch zwei Schynleute bei dem Vorfall zugegen gewesen, die er indeß nicht wieder erkennen. Auf die Anfrage des Präsidenten an die Beamten, ob sich einer der Sache erinnere, meldete sich ein Schynmann und sagte, er habe die Wache gehabt und da sei ein Mann herausgekommen, der, als er ihn festnehmen wollte, antwortete: „Habe ja selbst Einen zur Festnahme hergebracht.“ Der Präsident erwiderte: „Der Vorfall ist leider schon über 13 Wochen her und deshalb verjährt, sonst würde ich Sie sofort mitanklagen.“ Dann fragte er, ob er den Schynmann kenne, dem er den „Faulen“ übergeben habe. Jambob, antwortet Wolf, wendet sich zu den Zeugen um, sucht einen Augenblick und packt dann einen alten Wachtmeister am Arm: Dieser ist's! Der Wachtmeister bestätigt diese Aussage; kurze Zeit vor dem „Raban“ habe ein Mann ihm einen andern zum Verdächtigten gebracht, er selbst habe den Letzteren zwei Schynleuten übergeben. Hierauf sagt der Präsident Wolf, ob er auch den betreffenden „Faulen“ noch kenne. „Allerdings“, lautet die Antwort, „derselbe muß sogar hier sein, denn ich habe ihn vorher drängen gesehen und auch bemerkt, wie er hereingerufen wurde. Nach einigem Suchen greift Wolf den Spieß Wittig am Arm und schleppt

ihn vor den Präsidenten. Dann beschwört er die Wahrheit seiner Aussagen.

Wittig dagegen behauptete rundweg, die Aussagen Wolf's seien un wahr. Der Präsident wendet sich an die übrigen Beamten mit der Frage, ob sie etwas über den Vorfall auszusagen wüßten. Es erfolgt keine Antwort! Darauf erklärt der Präsident, er wolle dann die Sache im beabsichtigten Sinne auffassen, und nun behaupteten plötzlich sämtliche Spigel, „daß sie nichts von dem Vorfall gemerkt hätten!“

Soweit der Bericht, aus dem ganz unumwunden hervorgeht, daß 1) Spigel als Agent prolocutors thätig gewesen sind; 2) Spigel willkürliche Verhaftungen von Unschuldigen vornahmen; 3) der Präsident Alles aufbot, um die Spigel reinzuwaschen.

Des Weiteren konstatirt der Briefschreiber, daß die sogenannten „Faulen“ weit behaender gegen unsere Genossen ansagten als die uniformierten Schutzleute. Von diesen sagte z. B. der Eine auf die Frage, warum er den Angeklagten Weiß arretrirt habe, ganz harmlos: „Weil er der größte war.“ Die Spigel dagegen vor Allen der schon früher gefangen genommene Stuhlmann, sowie ein gewisser Müller, liegen in der unverschämtesten Weise darauf los. Letzterem wurde durch drei Zeugen nachgewiesen, daß er schon ein halbes Jahr früher in der Dorn'schen Gastwirtschaft gefasst hatte: „Ich habe keinen Menschen, aber wenn ich Pöpping — er ihm früher einmal Anstand gelebt — hineinlegen kann, dann ihre ich's“; nichtbedenklicher wurde seine Aussage als glaubwürdig angenommen und Pöpping zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt.

Müller und Stuhlmann, schreibt unser Gewährsmann, haben einen ungeheuren großen Mund, Stuhlmann rühmte sich vor Gericht seiner starken Knochen, „aber sie wagen es nicht, uns, sobald es dunkel ist, in's Freie zu folgen, da bleiben die Herren schönstens daheim!“

Zum Schluß wollen wir auch ein rechtliches Faktum dem Bericht unseres Genossen entnehmen. Er schreibt:

„Von 4—5 Uhr wurde Pause gemacht. Wir benutzten dieselbe, um mit den Angeklagten eine Verbindung herzustellen, was uns auch gelang. Im „Knecht Keller“ hatten wir eine Tellerkassette vorgenommen und für den Erbsen Lebensmittel (Schinken, Wurst und Käse) gekauft, diese stellten wir unseren Brüdern auf der Anlagbahn zu, welche sie während der Urtheilsscheidung verzehrten.“

Ein Bravo! unseren modernen Berliner Genossen. Nieder mit der insamen Spigelbrut und ihren Brotaggebern!

Wider die Arbeitbücher haben in den letzten Wochen gegen 100 Arbeiterversammlungen in Deutschland stattgefunden. Von den gegen die konservativen Unterdrückungspläne angenommenen Beschlüssen gefällt uns namentlich der in Nürnberg nach einem Referat unseres Genossen Grillenberger gefasste, der dahin geht, das Bureau der sehr gut besuchten Versammlung solle einen Protest an den Reichstag, aber ohne Motivierung, absenden, „da die Thatfache, daß dem Reichstage ein derartiger Entwurf vorgelegt werde, schon eine Beleidigung und Entwürdigung des gesamten deutschen Arbeiterstandes bedeute“, sowie folgende Resolution, welche unsere braven Berliner Genossen in zwei großartig besuchten Arbeiterversammlungen annahmen:

„In Erwägung, daß die Behauptung, die Arbeiter wüßten die Einführung der Arbeitbücher, eine bewusste Lüge ist, und daß die allgemeine Einführung der Arbeitbücher eine Verletzung des § 4 der preussischen Verfassung in sich schließt; in fernerer Erwägung, daß die Urheber sich der Folgen wohl bewußt sind und nichts weiter bezwecken, als den Arbeiter schließlich unter die Befehlsordnung herabzuziehen, erklärt die heutige Arbeiterversammlung, daß die Urheber der Einführung obligatorischer Arbeitbücher die Verachtung aller Arbeiter verdienen und an den Schaupfahl der Geschichte gehören.“

Das ist eine verständliche Sprache!

— Immer langsam voran. Im letzten Sommer erschoss bekanntlich ein preussischer Jüßler in einem Anfall von Wahnsinn — Sonnenstich — einen Arbeiter, der eine Frau und drei unmündige Kinder hinterließ. Jetzt, nach fast sechs Monaten, lesen wir in Berliner Zeitungen folgende offizielle Notiz:

„Was nun die hinterbliebene Wittve des erschossenen Bünte und ihre drei kleinen Kinder betrifft, so ist derselben vom Landrath des Kreises Lettow, dem Prinzen Handberg, ein Schreiben zugegangen, in welchem ihr mitgetheilt wird, daß sich das Landrathsamt im allerhöchsten Anstuf an das Generalkommando des Gardekorps gewendet habe, um eine entsprechende Abfindung der ihres Erzherrn benachteiligten Familie herbeizuführen, und daß er ihr nach Ablauf der befristeten Verhandlungen das Weitere mittheilen werde.“

Wirklich! Will man so gut sein? Und wie lange werden die „bezüglichen Verhandlungen“ wohl noch dauern? Inzwischen dürfte wohl der Winter vergangen sein.

Es ist ein niederträchtiger Skandal, diese bürokratische Bequemlichkeit, wo es sich darum handelt, eine infolge des herrlichen Militarismus ihres Ernährers verarmte Familie zu entschädigen. Hätten die arme Frau nicht private Wohlthäter geholfen, sie wäre schon zehnmal verhungert, ehe der nimmerfaste Militarismus auch nur einen Rißel von den Millionen, die er verschlingt, herausgerückt hätte. Ja, wenn es sich um einen Offizier oder dergleichen gehandelt hätte! Aber es betrifft ja nur die Frau eines Erdarbeiters.

Sie sind aber nicht immer so langsam, die Herren vom Generalkommando des Gardekorps. Wer sie schnell bei der Arbeit sehen will, der braucht sie nur am „Point-honneur“ zu packen. Dann ist es gar nicht nöthig, daß er sie elende Hops-Gesellschaft oder gar aufgeblasene Schmarotzer nennt, er braucht vielmehr nur einigen Zweifel an dem Nutzen dieses ehrenwerthen Instituts überhaupt zu äußern, und er kann sicher sein, sehr bald, oder, wie es im Offiziersjargon heißt, „sehr pöpping“ mit einem dastigen Billet, Strafantrag genannt, bedacht zu werden.

Der demokratische böbische Hauptmann von Ehrenfeld hat das zur Genüge erfahren.

— Die Bauernjäger in ihrer eigenen Schlinge gefangen. Am 29. Dezember schrieb der Stöcker'sche „Reichsbote“ einen großen Artikel für Einführung der Arbeitbücher, in welchem es heißt:

„Wann ist es früher den Handwerksburschen eingefallen, eine Unehre darin zu sehen, daß sie ein Wanderbuch führen mußten — und Niemand wird behaupten wollen, daß unsere alten wandernden Handwerksgelesen weniger ehrenhaft gewesen, als die gegenwärtigen. Viel eher noch kann man eine Geringschätzung der Arbeiter darin finden, wenn man sie ohne Arbeitbuch, aus welchem sie ihre Person und ihre Leistungen — jedes Mannes höchste Ehre — dokumentiren können, ohne solche Legitimation herumlaufen läßt und sie nur als Nummern und Material behandelt, das man einsteckt und entläßt, ohne zu fragen, woher und wohin. Jeder Vater, der etwas auf seinen Sohn hält, wird verlangen, daß er ein Arbeitbuch führe — und diese Agitatoren wollen behaupten, das Arbeitbuch sei ein Brandmal an der Ehre der Arbeiter! Welche Verwirrung und Verwirrung des natürlichen Urtheils! Gerade wenn die Arbeitbücher obligatorisch, allgemein gültig, eingeführt sind, kann Niemand darin etwas Entwürdigendes sehen, und der redliche, brave, fleißige Arbeiter hat darin das beste Schutzmittel seiner Ehre, mit welchem allein er es vertheten kann, daß er mit dem Wummel auf gleiche Linie gestellt und ebenso wie der behandelt werde. In dieser richtigen Erkenntnis sind bei den auch bereits eine große Anzahl

von Petitionen von Arbeitern und Arbeitgeberern um Einführung obligatorischer Arbeitbücher beim Reichstage eingelaufen.“

Seitdem haben allerorts die Arbeiter so kräftig gegen die Arbeitbücher protestirt, daß selbst ihren aus irgend welchen Gründen der christlich-sozialen Partei beigetretenen Kollegen die Schuppen über diese christliche Arbeiterbeglückung von den Augen fallen und sie gleichfalls Alarm schlagen. Das „Christlich-soziale Korrespondenzblatt“ sieht sich in seiner neuesten Nummer gezwungen, dies einzugehen, weigert sich aber, zu der Frage überhaupt Stellung zu nehmen, weil dieselbe „nicht spruchreif“ sei. Während das Blatt in seiner vorigen Nummer selbst mitgetheilt hatte, die deutsch-konservative Fraktion habe den Antrag auf Einführung obligatorischer Arbeitbücher gestellt, sagt es jetzt: „Der betreffende Antrag, der so viel unnützen (?) Staub aufgewirbelt hat, ist unseres Wissens nicht von der deutsch-konservativen Fraktion im Abgeordnetenhaus (I), sondern, wenn er überhaupt gestellt ist, nur von einigen Abgeordneten in der Gewerbekommission persönlich gestellt, und wie es heißt (auch im Original gesperrt gedruckt), dort angenommen worden. Authentische Aufklärung konnten wir nicht erlangen. Die Abgeordneten Hofprediger Stöcker und Prof. Wagner haben unseres Wissens jenen Antrag nicht unterzeichnet, sind auch nicht Mitglieder der Gewerbekommission. Die Sache ist noch durchaus unklar und muß das Weitere abgewartet werden.“

Das ist nichts anderes, als die Sprache des bösen Gewissens. Sämtliche konservative und ultramontane Mitglieder Gewerbeordnungskommission haben für die Arbeitbücher gestimmt, sonst wäre er bereits in der Kommission gefallen. Die Herren „und mit ihnen ihre Fraktionsgenossen Stöcker“ haben sich dem läßigen Wahn hingegeben, die Arbeiter würden diese Degradirung ruhig über sich ergehen lassen, wenn man ihnen vorshowinelt, sie werde ihnen materiellen Vortheil (Wanderunterstützung u.) bringen. Aber sie sind zu ihrem Schrecken befehrt worden, daß die „rohen materialistisch gefassten“ Arbeiter ihre Unabhängigkeit nicht um ein Pfennig verkauft. Deshalb ist die Frage auch mit einem Male noch nicht „spruchreif“, und deshalb werden auch Stöcker, Wagner und Genossen schließlich aller Wahrscheinlichkeit nach gegen die Arbeitbücher stimmen. Damit wäre dann das Schicksal desselben besiegelt, was die Arbeiter aber nicht der Stöcker'schen besseren Einsicht, sondern ihrer eigenen entschlossenen und kräftigen Haltung zu verdanken haben werden. Darum heute und in Zukunft: Nur nicht verblüffen lassen, immer feste druff!

Obiges war bereits gesagt, als aus Berlin der Bericht über die prächtige Demonstration der Arbeiterversammlung vom 8. Januar eintraf. Stöcker mit Zischen, Genosse Kayser mit pärmischem Beifall begrüßt, nach der Auflösung Massengesang der Marschallstraße — das ist eine Sprache, welche selbst die begriffsstutzigsten „Staatsmänner“ begreifen werden!

— Auf der schiefen Ebene. In einer offiziellen Notiz, daß das Reich sich mit der Frage der zweckmäßigeren Regulirung des Rheinstromes befaßt werde, bemerkt die Berliner „Volkszeitung“:

„Wir können nur wünschen, daß diese guten Absichten sich realisiren und zu praktischen Ergebnissen führen. — Ein Wiesbaden'sches Blatt betont angeht die fürchterliche Kalamität am Rhein die Nothwendigkeit, daß vom Bodensee bis zum Meer der Flußlauf nach einseitigen Grundrissen behandelt werde, die Berge müßten bewaldet, ein langsamer Abfluß der Hochwasser bewirkt werden; dann könnten wir wieder ruhig leben.“

Drastischer können die in unserem Leitartikel gemachten Ausführungen gar nicht bekräftigt werden. Daß bei dieser „einseitigen Behandlung“ des Flußlaufes nicht nur das Recht des Besitzers, mit seinem Eigenthum nach Belieben zu schalten, zur Lufel geht, liegt auf der Hand, ebenso fällt auch die samose Staatsverantwortung dem Interesse der Gesellschaft zum Opfer, denn der Rhein fließt durch drei Länder: die Schweiz, Deutschland und Holland. Was aber dem Einen Recht ist, ist dem Andern billig. Warum dem Besitzer von Bergwerken, von Maschinen, überhaupt von Kapital, ein Recht lassen, welches man den Waldbesitzern nimmt? Sind die wirtschaftlichen Krisen etwa weniger verderblich als Ueberschwemmungen? Also ein wenig mehr Konsequenz, wenn's beliebt! Wer's sagt, habe auch den Muth, S. zu sagen.

— Zahlen, die zum Nachdenken auffordern. Die „New-Yorker Tribune“ veröffentlicht eine statistische Zusammenstellung der in den letzten 12 Jahren in New-York verübten Selbstmorde. Während dieses Zeitraumes haben 1687 Personen (1326 Männer und 361 Frauen) sich das Leben genommen. Gut wählten 540 Personen, während 272 den Tod durch Erhängen vorzogen. Die Zahl der Deutschen, welche sich entsehten, betrug 701, die der selbstmörderischen Irländer nur 241.

Un dabei ist die irische Bevölkerung New-Yorks bedeutend zahlreicher als die deutsche.

Es wäre nun verfehlt, daraus ohne Weiteres den Schluß zu ziehen, daß die Irländer erheblich muthiger und widerstandsfähiger wären als die Deutschen. Bismarck ist die Hauptursache der schreienden Differenz die, daß der Deutsche im Allgemeinen sein moralisches Elend viel tiefer empfindet als der durch jahrhundertelange Unterdrückung herabgedrückte Irländer, der lieber im Kampf Bekämpfung sucht und findet, bis er auch physisch zu Grunde geht. Aber soviel lehren diese Zahlen, daß ein grauenhaftes Elend unter den Deutschen in New-York herrscht und daß die Deutschen, wenn es ihnen schlecht geht, viel schneller als irgend ein anderes Volk bei der Hand sind, sich freiwillig aus dem Leben zu tödten. Dafür zu sorgen, daß es anders werde, ist Aufgabe der Sozialdemokratie.

— Dröhre, röhre nicht daran, — nämlich wo still ein Kapitalist seine Zinsen verzehret. Dies ruhen mit ergüßlicher Angst die Bismarck'schen Konservativen an, sie, die noch vor kurzem so patriotisch gegen das mobile Kapital und dessen Heftigkeit zu donnern wußten. Es soll heden, es muß heden, im Interesse der Kultur, nur keine progressive Einkommen-, nur keine Kapitalrentensteuer! Rothschild muß das Herz im Leibe lachen, wenn er in dem Leitartikel des antisemitisch-agrarischen „Deutschen Tageblattes“ vom 4. Januar den Satz findet:

„Welche Form man auch erkennen möge, den Gläubiger zu fassen, man wird, wenn nicht immer, so doch häufig nur den Schuldner fassen. Die Steuer auf den Kupon eines Wertpapiers wird sich in dem Kourse ausdrücken und die Befragung einer Hypothek eine Erhöhung des Zinsfußes zur Folge haben, so daß in jedem Falle die angestrebte besondere Kapitalrentensteuer in eine Schuldenersteuer umschlagen würde.“

Moral: laßt das Kapital ungeschoren, Ihr „Steuer- und Wirtschaftserformer“, denn sonst geht es Euch selbst an den Kragen. Nur indirekte Steuern sind das einzig Wahre!

Wir aber ziehen aus der famosen Abwälzungstheorie die Konsequenz, daß unter den heutigen Eigenthumsverhältnissen der Dieb überhaupt nicht zu fassen ist, und daß es daher keine Möglichkeit gibt, ihm beizukommen, als eine gründliche Umgestaltung derselben. Abschaffung aller arbeitslosen Erwerbes, das ist unsere Antwort auf diese steuerpolitischen Winkelzüge, und diese ist nur möglich durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise.

Das dahin aber bleibt es für uns bei der einen progressiven Einkommensteuer.

— Wer laßt da? Ueber die Reichstagsreden unserer Abgeordneten bemerkte Herr Stöcker am 15. Dezember u. A.:

„Ein Abgrund fittlicher Verkommenheit aber eröffnet sich, wenn man die sozialdemokratischen Vertreter über die „freie Liebe“ als „philosophischen Grundlag“ deklariren hört. Die Auflösung unserer Bezirke

von Ehe und Familie ist nicht ein philosophischer Grundsatz, sondern thierische Gemeinheit!“

Und der Mann ist Hofprediger des alten Wilhelm!
Wer laßt da?

— Der Kettler in der Koth. Folgendes erbauliche Gespräch gelangte vor einiger Zeit zu den Ohren eines heimlichen Anhänger der Sozialdemokratie.

Ort: die weltberühmte Universitätsstadt Marburg.

Dr. mod. Heusinger: „Nun, wie werden sich denn die Sozialdemokraten zu den Landtagswahlen stellen?“

Herr Koch, Redakteur des oberhessischen Wirthsblattes: „Für die hat der Staatsanwalt gesorgt.“

Nun wissen wir doch endlich, schreibt uns ein Marburger Genosse, warum wir mit einem absolut halloffen Prozesse wegen Verbreitung verbotener Druckschriften beehrt wurden. Aus Furcht, wir könnten uns an dem Dreifloßennachschuß betheiligen. O diese Schind- — vardon! — Marburger'schen Staatsretter! Sie haben den Stein der Weisen entdeckt: Man stellt vor den Wahlen sämtliche Sozialisten hinter Schloß und Riegel und — der Stoat ist gerettet. Probatum est!

— Gut gegeben. Von den beiden Berliner Versammlungen wurde die eine, welche im „Neuen Gesellschaftshaus“ stattfand, polizeilich aufgelöst, weil ein Arbeiter, der Böttcher Volkman, die Aeußerung that,

„daß man dem Herrn Minister des Innern auf dessen im Reichstage gemachte Aeußerung, der Abgeordnete Bollmar und seine Fraktionsgenossen verdammen ihre Anwesenheit im Reichstage nur der „Zersplitterung der staatsfreundlichen Parteien“, erwidern könne, die Herren Konservativen im Reichstag hätten ihre Wahl nur der Zumuthung der Arbeiter zu verdanken.“

Daß auf diese Worte hin der Polizeikommissar die Versammlung auflöste, zeigt, daß sie den Nagel auf den Kopf treffen.

Ueber die Auflösung selbst noch ein Wort zu verlieren, hieße Wasser ins Meer gießen. Derartige Niederträchtigkeiten gehören in Preußen-Deutschland zum „System“.

— Die kleinen Diebe hängst man, die großen läßt man laufen, namentlich wenn sie „vom Stande“ sind. In Berlin ist vor kurzem eine Gaunerbande, die jahrelang vermittelst eines Revolverblattes unverschämtester Gattung, „Der Unabhängige“ genannt, Erpressungen aller Art verübte, auf Veranlassung eines ihrer Opfer dingfest gemacht worden. Der notorische Führer dieser Bande nun, ein Herr von Schleinitz, Kasse des Ministers von Schleinitz, wurde einen Tag nach seiner Verhaftung ohne jeden Grund freigelassen, weil er — dem Offizierskorps angehörte, und ging schneidig auf Reisen.

Das nennt man in Preußen Gleichheit vor dem Gesetz!

Der „Unabhängige“ machte nebenbei in Antisemitismus und Bismardverherrlichung — er wußte wohl warum. Sind doch von jeder Vorderwirth die besten „Patrioten“ gewesen. So guten Unterthanen gegenüber drückt die Polizei gern einmal ein Auge zu, manchmal auch zwei.

— Früchte der Polizeidiktatur. Im Friedrichshain, dem belebtesten Parte Berlin, schreibt die demokratische „Südd. Post“, haben 3 Polizisten ein grauenhaftes Attentat verübt. Ein Arbeiter sah dort mit seiner Frau. Unter den wichtigsten Vorwänden wurde er von einem dieser Polizeistrolche verhaftet, während die beiden anderen diese Gelegenheit benutzten, um die schuldig zurückgeliebene Braut in dem öffentlichen Park zu — noch blühigen.

Das sind die nothwendigen Konsequenzen des niederträchtigen Systems der Polizeiallgewalt in Preußen. Diese Ordnungshüter dürfen sich eben alles erlauben, denn kaum der Hunderte wagt es, ihre Schandtathen an die Öffentlichkeit zu bringen. Und sind die beiden besetzten Schurken etwa schlechter als ihre Borgefesseten, die dasselbe zwischen vier Wänden thun, was sie an der Braut des Arbeiters verübt? Sicherlich nicht. Und diese Schandwirthschaft wird nicht eher ein Ende nehmen, als bis mit dem ganzen Polizeisystem aufgeräumt wird.

— Aus Leipzig, Anfang Januar, schreibt man uns: Herr Bretschneider, der neue Staatsanwalts-Polizeidirektor unserer großen Seestadt, wurde am 2. ds. in einer Plenarversammlung des ehrfamen Stadtraths von dem Herrn Oberbürgermeister Georgi feierlich „eingewiesen“. Bei dieser „Einweisung“ dachte der stalt gesellschaftsretterlich angehauchte Herr Oberbürgermeister im Grunde seines Herzens mehr an das Was weisen als an das Einweisen, denn er meinte, der Herr Polizeidirektor werde alle seine Kräfte darauf zu verwenden haben, die Stadt, zwar nicht vom Tyrannen, aber doch von den „Staats- und gesellschaftsfeindlichen Elementen“ zu befreien, worunter ein Vertreter des Geldguthums bekanntlich nicht die Unterdrücker und Ausbeuter von Staat und Gesellschaft versteht, sondern die Gegner der Unterdrücker und Ausbeuter. Wir leben ja in der verkehrten Welt!

Herr Georgi sprach dann auch von den „schlimmen sozialen Zuständen“, welche jetzt das Regierungshandwerk erschweren, meinte aber damit komischer Weise die sozialistische Bewegung, und nicht die faulen sozialen Zustände, auf deren Abschaffung die sozialistische Bewegung hinwirkt. Daß ein Oberbürgermeister der „zweiten Hauptstadt des deutschen Reiches“ (welche Ehre wir dem famosen Reichsgericht verdanken) nicht einmal die Bedeutung des Wortes „sozial“ und den Unterschied zwischen „sozial“ und „sozialistisch“ kennt, ist allerdings ein bemerkenswerthes Früchchen moderner Kulturgeschichte.

Ueber die „mit höchster Befriedigung aufgenommenen, sehr warmen Antwortrede“ des neugeborenen Polizeidirektors schweigt des Berichters höchster Vorgesetzter, das wissen bloß, daß sie das begeisterte Lob des verunglückten Bürgers und das Versprechen, diesem mit aller Kraft nachzueifern, enthielt. Wir können Herrn Bretschneider nur den gleichen Erfolg wünschen, wie ihn Herr Richter gehabt hat. Wir werden dann am Schluß des Jahres 1883 die nämlichen Erfolge zu verzeichnen haben, wie am Schluß des Jahres 1882.

Die Dummen werden zwar dem Sprichwort zufolge „nicht alle“, es werden ihrer aber allmählich doch weniger, und mancher Dumme wird „helle“. Die geradezu standalös-alberne Begründung des Leipziger „Klein“ durch die sogenannte „Denkschrift“ (so betitelt, weil sie nur für Solche bestimmt ist, die nicht denken) hat gar Manchem den Sturz gekostet. Und noch aufklärer hat der elende „Krieg-in-Sicht“-Kummele gewirkt, der unseren Geschäftsleuten das sich anfangs recht gut anlassende Weihnachtsgeschäft schmähslich verderben hat. Da es keinem Zweifel unterliegt, daß dieser Kummel von Oben her kommandirt und arrangirt worden ist, und doch es sich dabei bloß einerseits um ein Bärenmander niederster Sorte, andererseits um ein Attentat auf den Geldbeutel des deutschen Volkes gehandelt hat, so ist die Entrüstung — außer bei den hoffnungslos Verwagelten — eine allgemeine. Sollte es zu der angedrohten Auflösung des Reichstages kommen, so würde sich ein gewaltiger Umschwung der Stimmung drücken. Würde heute hier in Leipzig gewählt, so wäre die Niederlage des nationalliberalen Kandidaten sicher. Und Alles deutet darauf hin, daß die Lage sich für uns immer günstiger gestalten wird. Unsere Feinde sind nachgerade in eine so schiefe Stellung gerathen und haben so vollständig den Ueberbild über die Entwicklung der Dinge verloren, daß sie bloß noch Heßler machen und uns in die Hände arbeiten können.

Die Partei ist auf dem Posten, in der Stadt und in der Umgegend. So weit der „Klein“ reicht, „preist“ die Sozialdemokratie läßt auf das „insame Gesetz“ und zeigt den Gegnern bei jeder Gelegenheit, daß sie leicht um wickelt. Die Gemeinderathswahlen haben dies in unseren Vorstadt-Bezirken glänzend bestätigt. Ueberall die Partei in schönster Kraft

